Wandel des Staates als Herausforderung für die Didaktik der Politischen Bildung

Von *Andreas Klee, Luisa Lemme, Andreas Lutter*

Dr. Andreas Klee ist Professor für Politikwissenschaft und ihre Didaktik und Leiter der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung" im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen.

Befunde zur Alltagswahrnehmung von Staatlichkeit lassen erahnen, dass diese sich noch aus dem „Goldenen Zeitalter des Staates" der 1960er und 1970er Jahre speisen. Aktuelle Forschungsergebnisse – hier vor allem im Rahmen des SFB 597 „Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen – zeigen allerdings, dass Staatlichkeit sich durch fortdauernde und komplexe Prozesse der Privatisierung und/oder Internationalisierung wandelt (vgl. Genschel & Zangl 2008). Aus der Perspektive der Politischen Bildung muss der wissenschaftlich konstatierte Wandel des Staates als Paradigmenwechsel verstanden werden, der es nötig macht, Staatlichkeit differenzierter als bisher zu betrachten. Zielsetzung muss es sein, bei Lernenden Kompetenzen anzubahnen, die es ihnen ermöglichen, den „gewandelten und sich stetig wandelnden Staat" verstehen (Sehen), beurteilen (Urteilen) und mitgestalten (Handeln) zu können. Die schulische politische Bildung steht hierbei vor der komplexen Herausforderung das Themenfeld „Staat" didaktisch neu zu rekonstruieren sowie gegebenenfalls bereits vorhandene Überlegungen in Form von Lehr- und Lernmaterialien zu überdenken. Hierzu sollen nachfolgend erste Hinweise gegeben werden.

Dimensionen von Staatlichkeit und ihr Wandel

Als Bezugspunkt der Analyse des Wandels dient der in den OECD-Ländern der 1960/70er Jahre vorherrschende demokratische Rechts- und Interventionsstaat (im Folgenden *DRIS*). Dieser war in seiner „Blütezeit" in Bezug auf die Entscheidungs- und Organisationsverantwortung für die Erbringung normativer Güter, wie Sicherheit, Freiheit oder Mitbestimmung, nicht nur letzt-, sondern nahezu alleinverantwortlich. Diese Alleinverantwortlichkeit scheint dem Staat – bei Betrachtung der letzten Dekaden seiner Entwicklung – zusehends abhanden zu kommen. Genauer beschrieben werden kann der sich vollziehende Wandlungsprozess des *DRIS* entlang von vier Dimensionen von Staatlichkeit (Ressourcen, Recht, Legitimation, Intervention) und der darin zu erbringenden normativen Güter (Sicherheit, rechtliche Gleichheit und Freiheit, demokratischer Selbstbestimmung, soziale Sicherung und Ausgleich) sowie durch die Betrachtung zweier Entwicklungsebenen

moderner Staatlichkeit: räumlich (national-international) und modal (staatlich-private) (vgl. Leibfried et al. 2004: 6ff.; Genschel, Leibfried & Zangl 2006: 4f.).

Die Analyse staatlichen Wandels entlang dieser Parameter orientiert sich wesentlich an drei Leitthesen (vgl. Genschel, Leibfried und Zangl 2006: 7ff.), die zwischenzeitlich durch erste Ergebnisse geschärft werden konnten (vgl. SFB 597 2009): Die *Verlagerungsthese* ging von der Annahme aus, dass sich die Verantwortung des *DRIS* gegenüber der Erbringung normativer Güter schrittweise zu Gunsten internationaler und privater Akteure verschiebt. Hier wurde festgestellt, dass sich dieser Wandel nicht, wie ursprünglich erwartet, in erster Linie als Verlagerung von Verantwortung aus dem Staat heraus in neue internationale und/oder private Strukturen jenseits des Staates, sondern als Anlagerung neuer Strukturen um den Staat herum vollzieht. Der Staat bleibt für die Erbringung normativer Güter zentral und scheint dabei auch vorerst unersetzlich.

Im Rahmen der *Korridorthese* wurde angenommen, dass sich der jeweilige politische Gestaltungsspielraum der Staaten verengt. Diese Konvergenzprozesse resultieren aus Privatisierung und Internationalisierung, die zur Erbringung der normativen Güter in den OECD-Staaten gleichermaßen erfolgen. Die Ergebnisse hierzu divergieren. Auf der modalen Achse kommt es zu der erwarteten Annährung, gleichwohl aber nicht auf der räumlichen Achse (vgl. SFB 597 2009). D. h. die Verantwortungsverteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren ist bezüglich der Erbringung normativer Güter im Staatenvergleich angenähert, bezüglich der Verteilung zwischen nationalen und internationalen Akteuren kam es jedoch zur gegenläufigen Entwicklung.

Schließlich ging die *Zerfaserungsthese* davon aus, dass die Entwicklungen innerhalb der vier verschiedenen Dimensionen weder gleichförmig noch gleichgerichtet voranschreitet. Diese These konnte belegt werden. Der *DRIS* zerfasert, aber er bleibt dennoch zentral: „Um den *DRIS* herum haben sich seit den 1970er Jahren zusätzliche, teils komplementäre, teils konkurrierende nichtstaatliche Strukturen angelagert, in denen Verantwortung für die Erbringung normativer Güter übernommen wird" (SFB 597 2009). Wenn auch Entscheidungs- und Organisationsverantwortung nicht mehr allein beim Staat liegen, bleiben sie dennoch an ihn gekoppelt. Die Letztverantwortung liegt weiter beim *DRIS*.

Aus politikdidaktischer Perspektive muss der fachlich konstatierte Wandel von Staatlichkeit als einschneidende Entwicklung ernstgenommen werden. Das Kernkonzept Staatlichkeit leistet einen Beitrag für die Erklärungs- und Reflexionsfähigkeit im gesellschaftlich-politischen Bereich (vgl. Lange 2008: 251). Reflektierte Anspruchs- und Loyalitätsvorstellungen über die Rolle und den Wandel von Staatlichkeit müssen als eine Voraussetzung für die politische Orientierung und Teilhabe angesehen werden. Um diesem Bildungsauftrag didaktisch und methodisch gerecht zu werden, wird im Folgenden die Erhebung der im Alltag vorhanden Vorstellungsbilder von Lernenden (und in einem weiteren Schritt auch der Lehrenden) zum Gegenstand „Staatlichkeit" als notwendig angenommen und als Ausgangspunkt der didaktischen Strukturierung (Werkstatt) dieses Themenfeldes etabliert.

Hinweise zu politischen Vorstellungsbildern von Staatlichkeit

Erste Annahmen zu politischen Vorstellungsbildern von Staatlichkeit lassen sich Untersuchungen entnehmen, die unter anderem die Erwartungen von Lernenden an den Staat und das Vertrauen von Jugendlichen in staatliche Institutionen abbilden. So stellt etwa die von der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) 1999 durchgeführte Civic Education Study (CES) diesbezüglich fest, dass Aufgaben, wie die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen, die Reduzierung von Einkommensungleichheiten und die Kontrolle über Preisbildung eindeutig im Verantwortungsbereich des Staates verortet werden (vgl. Torney-Purta u.a. 2001: 70). Diese „verantwortungsübertragende Rollenzuschreibung" an den Staat wird durch Ergebnisse der Shell-Jugendstudien von 2006 und 2010 bestätigt. Diese dokumentieren zudem eine Differenzierung hinsichtlich der Bewertung einzelner staatlicher Akteure. So ist „das Vertrauen gegenüber unabhängigen staatlichen Institutionen, wie etwa Polizei, Gericht oder der Bundeswehr, [...] bei Jugendlichen überdurchschnittlich ausgeprägt. Der sichtbar werdende Vertrauensverlust richtet sich vielmehr an die Parteienpolitik und damit natürlich auch anderen Repräsentanten" (Schneekloth 2010: 142). Diese „hohe Erwartungshaltung vs. niedrige Vertrauenswürdigkeit – Konstellation" deutet insgesamt auf mehrdeutige und zu Teilen brüchige Vorstellungsbilder hin (vgl. hierzu auch Weißeno u.a. 2010: 96). Eine genauere Bestimmung dieses Effekts steht bislang allerdings noch aus. Diese könnte mit folgenden Thesen angestrebt werden.

Die *Polarisierungsthese* nimmt an, dass die Lernenden ganzheitliche konsistente Vorstellungen zu Staatlichkeit entwickeln. Sie untergliedert sich in zwei Unterthesen. Die *Monopolisierungsthese* nimmt diesbezüglich an, dass der Staat die Institution darstellt und darstellen sollte, die über die alleinige Verantwortung verfügt. Demgegenüber steht die *Marginalisierungsthese*, die davon ausgeht, dass Schüler veränderte Anspruchs- und Loyalitätsvorstellungen entwickelt haben, die privaten Akteure oder soziale Bewegungen zunehmend „politisieren" und dadurch staatliche Herrschaft als randständig erachten. Diese angenommenen Vorstellungsbilder verleiten zu unterkomplexen Zuschreibungen von Handlungsmöglichkeiten und irrealen Erwartungshaltungen an staatliche Akteure und Institutionen. Sie lassen eine differenzierte Wahrnehmung moderner Staatlichkeit vermissen und tendieren zur Bildung von Voraus- oder Vorurteilen.

Die *Fragmentierungsthese* liegt quer zu den zuvor entwickelten Hypothesen. Sie nimmt an, dass Vorstellungen von Staatlichkeit bereichsspezifisch ausdifferenziert sein können. Dadurch entstehen brüchige Vorstellungsbilder, die sowohl monopolisierende als auch marginalisierende Staatszuschreibungen beinhalten. Beide Pole bleiben als gegenläufige Erklärungskonzepte nebeneinander bestehen und beeinträchtigen das Verstehen und Beurteilen von Staatlichkeit.

Politikdidaktische (Entwicklungs-)Aufgaben

Die zuvor dargestellten Ergebnisse und Annahmen haben Konsequenzen für die Didaktik der Politischen Bildung. Was die erworbenen Erkenntnisse zur Wandlung des Staats für politisches Lehren und Lernen bedeutet, bildet allerdings ein Desiderat. Die diesbezüglich anstehenden Aufgaben sind

- die Anregung einer Theoriedebatte über die didaktische und methodische Relevanz des Phänomens „Staatswandels",
- die Entwicklung und Erprobung von Forschungsmethoden zur Diagnose von lernrelevanten Vorstellungsbildern im Kontext „Staatswandel",
- die Evaluation von bestehenden Bildungsmaterialien im Kontext der Befunde zum „Staatswandel",
- die Entwicklung von Bildungsmaterialien und Bildungsangeboten im Lern-Kontext „Staatswandel".

Werkstatt: Die Planung von Staatlichkeit im Wandel als Lern-Kontext

Nachfolgend soll exemplarisch illustriert werden, welche Konsequenzen aus dem zuvor Aufgezeigten für die unterrichtliche Strukturierung des Gegenstandsbereichs „Staat" entstehen könnten.

Ausgangspunkt dieser vorläufigen Überlegungen bilden die entwickelten hypothetischen Vorstellungsbilder, die nachfolgend als exemplarischer Ausgangspunkt für die Entwicklung von Planungsfragen für den Politikunterricht angenommen werden. Im Rahmen des Vorstellungsbilds „Monopolisierung" könnten nachfolgende Alltagskonzepte angenommen werden:

- Der Staat besitzt das Herrschafts-Monopol.
- Der Staat ist der zentrale Akteur beim Herstellen von persönlicher und sozialer Sicherheit.
- Der Staat ist der zentrale Akteur zur Förderung einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

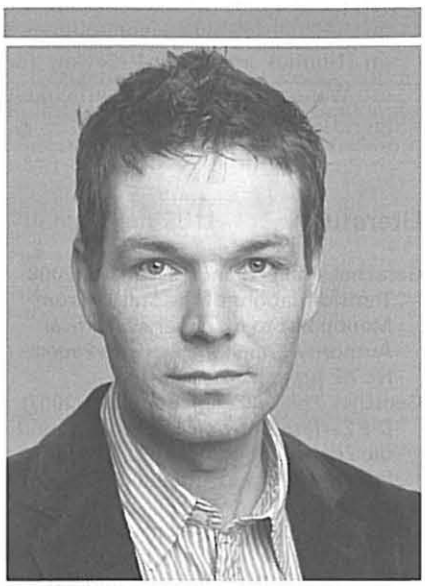
Hieran anknüpfend erfolgt die Strukturierung der wissenschaftlichen Erkenntnisse aus der Perspektive der Vermittlung. Ziel dieser Analyse ist es, den Gegenstandsbereich so zu strukturieren, dass die vorliegenden fachlichen Aussagen pointiert dargestellt werden können und die wesentlichen Inhalte erhalten bleiben. Im Hinblick auf den Lern-Kontext „Staatlichkeit" tritt wie zuvor aufgezeigt hierbei vor allem die Figur des Wandels in den Vordergrund. Exemplarische lernrelevante Fachkonzepte könnten sein:

- Der Staat ist einer von vielen Akteuren, die Herrschaft ausüben.
- Nicht-staatliche Akteure gewinnen an Einfluss.
- Die Internationalisierung und Privatisierung von Herrschaft nimmt zu.

Aus der Zusammenschau der (angenommenen) alltäglichen und fachlichen Perspektiven auf Staatlichkeit kristallisiert sich die didaktische Unterrichtsfigur der Dissonanz heraus. Die Vermittlung zwischen den Fachthesen und hypothetischen Vorstellungsbilder des Alltags wird daher als zentrale Aufgabe bei der Strukturierung des Unterrichts angenommen. Damit ist die Zielsetzung verbunden, didaktische und methodische Ansatzpunkte für die Didaktisierung der relevanten fachlichen Erkenntnisse und alltagsweltlichen Zuschreibungen zu identifizieren. Geleitet wird dieses Vorgehen durch die nachfolgend dargestellten Planungsfragen:

- Welche Korrespondenzen zwischen fachlichen Erkenntnissen und lebensweltlichen Vorstellungen können aus der Perspektive der Vermittlung identifiziert werden?
- Durch welche Spezifika kann das Verhältnis von Vorstellungen und politikwissenschaftlichen Erklärungskonzepten im Kontext Staatlichkeit charakterisiert werden?
- Können bereichsspezifische Gemeinsamkeiten und Begrenztheiten im Verhältnis von Vorstellungen und fachlichen Erkenntnissen herausgearbeitet werden?
- Welche förderlichen und hinderlichen Vorstellungen im Hinblick auf die Vermittlung von Staatlichkeit können dabei expliziert werden?

Die vorherigen Planungsschritte münden in der Frage nach der geeigneten Gestaltung einer Lernumgebung. Zielsetzung ist es dabei, die vorhandenen Vorstellungen transparent zu machen und ihre Relevanz für das Verstehen (Sehen), Beurteilen (Urteilen) und Mitgestalten (Handeln) auszudeuten (s.o.). Bezüglich der Identifikation geeigneter Strategien für



Dr. Andreas Lutter ist Akademischer Rat für Politikwissenschaft und ihre Didaktik und Mitglied der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung" im Rahmen des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen.

Luisa Lemme ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Sonderforschungsbereichs „Staatlichkeit im Wandel" an der Universität Bremen und Mitglied der Arbeitsgruppe „Staatswandel und Politische Bildung".

eine Förderung des avisierten Lernerfolgs werden hier Conceptual Change Theorien vorgeschlagen (vgl. Nussbaum & Novick: 1982), die zu handlungsleitenden Fragen umgeformt werden können:

- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden ermöglichen es, Eigenheiten und Unterschiede zwischen fachlichen und alltäglichen Vorstellungsbereichen zu kontrastieren?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden können Alltagsvorstellungen zu Tage fördern und darin vorhandene Gemeinsamkeiten zwischen fachlichen Vorstellungen und Schülervorstellungen als Brücken zum Verständnis nutzen?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden können Widersprüche zwischen lebensweltlichen und wissenschaftlichen Vorstellungen in größeren Zusammenhängen auflösen?
- Welche Unterrichtsmaterialien und -methoden ermöglichen es Schülern, ihre alltagsweltlichen Vorstellungen im Hinblick auf deren Relevanz für die Wahrnehmung von Staatlichkeit zu reflektieren. ◆

Literatur

Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2008) Transformations of the State – From Monopolist to Manager of Political Authority, TranState Working Papers Nr. 76, Bremen.

Genschel, Philipp/Zangl, Bernhard (2007) Die Zerfaserung von Staatlichkeit und die Zentralität des Staates. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 20-21/2007, 10-16.

Lange, Dirk (2008) Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins – Grundzüge einer Lerntheorie derpolitischen Bildung. In: Georg Weißeno (Hg.) Politikkompetenz – was Unterricht leisten kann, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 245-258.

Leibfried, Stephan/Zürn, Michael (2006) Transformation des Staates, Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag.

Nussbaum, Joseph/Novick, Shimson (1982). Alternative frameworks, conceptual conflict, and accommodation: Toward a principled teaching strategy. In: Instructional Science, 11, 183-200.

Schneekloth, Ulrich (2010) Jugend und Politik: Aktuelle Entwicklungstrends und Perspektiven. In: Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2010, Frankfurt/M.: Fischer Verlag.

Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel" (2009) Der Wandel von Staatlichkeit – erste Ergebnisse Abrufbar unter: http://www.sfb597.uni-bremen.de/pages/forForprogrammErgebnisse.php?SPRACHE=de (Zugriff: 08.01.2001).

Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2010, Frankfurt/M.: Fischer Verlag.

Shell Deutschland Holding (Hg.) Jugend 2006 : eine pragmatische Generation unter Druck , Frankfurt/M.: Fischer Verlag.

Torney-Purta, Judith/Lehmann, Rainer/Oswald, Hans/Schulz, Wolfram (2001) Citizenship and Education in Twenty-Eight Countries: Civic Knowledge and Engagement at Age Fourteen, Amsterdam: IEA.

Weißeno, Georg/ Detjen, Joachim/Juchler, Ingo/Massing, Peter/Richter, Dagmar (2010) Konzepte der Politik. Ein Kompetenzmodell, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

WOCHEN SCHAU VERLAG
... ein Begriff für politische Bildung

Eduard Spranger – Interpretation und Kommentar von Andreas Petrik
Friedrich Oetinger – Interpretation und Kommentar von Tilman Grammes
Kurt Gerhard Fischer – Interpretation und Kommentar von Wolfgang Sander
Hermann Giesecke – Interpretation und Kommentar von Ingo Juchler
Wolfgang Hilligen – Interpretation und Kommentar von Michael May
Bernhard Sutor – Interpretation und Kommentar von Joachim Detjen
Rolf Schmiederer – Interpretation und Kommentar von Reinhold Hedtke

Michael May, Jessica Schattschneider (Hrsg.)

Klassiker der Politikdidaktik neu gelesen

Originale und Kommentare

Wie geht es weiter mit den Klassikern der Politikdidaktik? Sind sie noch lesenswert oder im Zuge der Kompetenz- und Standardorientierung obsolet geworden? In diesem Sammelband werden Textauszüge von Eduard Spranger, Theodor Wilhelm, Wolfgang Hilligen, Kurt Gerhard Fischer, Rolf Schmiederer, Bernhard Sutor und Hermann Giesecke präsentiert und von aktiven Fachdidaktikern kommentiert. Die Lektüre der Texte und Kommentare zeigt, dass die Klassiker trotz aller Zeitbedingtheit auch heute noch Antworten auf aktuelle Fragen liefern und einen kompetenzorientierten Unterricht nahelegen.
Das Buch führt kritisch in die Konzeptionen der Klassiker ein und stellt ihre didaktische Paradigmen bis hin zu konkreten Unterrichtsvorschlägen vor. Es richtet sich vornehmlich an Studierende und Referendare, an Politiklehrerinnen und -lehrer, die um einen kompetenzorientierten Politikunterricht bemüht sind.

ISBN 978-3-89974632-7, 192 S., € 19,80

Adolf-Damaschke-Str. 10 • 65824 Schwalbach/Ts. • Tel.: 06196 / 8 60 65 • Fax: 06196 / 8 60 60 • www.wochenschau-verlag.de